



KOMMENTAR

Nach zähem Ringen auf der Zielgeraden

Von Jörg Radek, Vorsitzender des GdP-Bezirks Bundespolizei

Der vom Innenausschuss des Deutschen Bundestages angeforderte „Abschlussbericht – Evaluation der Neuorganisation der Bundespolizei“ gab im September 2012 die Handlungsempfehlung, die „sogenannte Dienstpostenschere“ zu schließen: „Die der operativen Aufgabenwahrnehmung zugeordneten Dienstposten müssen auch mit den entsprechenden Planstellen unterlegt sein.“

Mit dieser parlamentarischen Empfehlung begann ein dreijähriges zähes Ringen um eine Entscheidung zur Konsolidierung der Personalsituation in der Bundespolizei. Es war die Zeit, in der der Politik der „schwarzen Null“ gehuldigt wurde. Regierungskunst ist das Erkennen von Herausforderungen sowie die Entwicklung und Durchsetzung von geeigneten Lösungen. In dieser Zeit war seitens der Bundesregierung mit Blick auf die Situation der Bundespolizei nichts von Regierungskunst erkennbar. In seinem Buch „Regieren“ beschreibt der Ex-Innenminister Thomas de Maizière seine Arbeit und die Verwaltungsabläufe. Vom Ergebnis für die Bundespolizei kann ich feststellen: Die Probleme wurden bis zum Herbst 2015 verwaltet und nicht gelöst. Haushaltsrecht ist Parlamentsrecht. Darüber wurde den Menschen in der Bundespolizei geholfen. Seit der Studie „Klartext 2010“ hat die Gewerkschaft der Polizei

ihren Einsatz zur Entlastung der Bundespolizei verstärkt. Denn nach den von der Bundesregierung im Jahr 2011 bestätigten Ergebnissen mehrerer wissenschaftlicher Studien „bestehen bei Beschäftigten der BPOL Motivationsprobleme und eine überdurchschnittliche psychische Belastung.“ Die Ergebnisse der Studien werden von der Bundesregierung „ernst genommen“, hieß es. Der Beitrag der Gewerkschaft der Polizei ist erheblich. Initiativen und Impulse zum parlamentarischen Handeln gingen vielfältig von uns aus.

Die Personalaufstockung, die nun beginnt in den Dienststellen vor Ort anzukommen, ist der Erfolg der Gewerkschaft der Polizei. Wir nehmen für uns auch in Anspruch, dass die Veränderung der angewandten politischen Rhetorik ohne unsere Mahnungen und Warnungen seit Beginn der 1990er Jahre nicht erfolgt wäre. Dieser Schluss lässt sich durch die Rede des gegenwärtigen Innenministers auf dem Bundeskongress der Gewerkschaft der Polizei im November 2018 ableiten: „Ich glaube, als Politiker darf man sagen: Der Trend im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts (...) ging zur Neoliberalität. Nur ganz wenige haben da Kurs gehalten – die Gewerkschaften gehören dazu – und sind nicht der Neoliberalität anheimgefallen. Da sind viele Fehler gemacht worden. Einer der Fehler war eben das Sparpotenzial zulasten der Sicherheit und der Personalausstattung,“ so



Foto: GdP

Minister Seehofer. Mit dieser Erkenntnis lässt sich die Kurve kriegen für eine verbesserte Personallage in der Bundespolizei.

Doch der Weg ist noch nicht zu Ende. Nicht nur mit Blick auf die Aus- und Fortbildungsorganisation und die Unterstützungsleistung der Verwaltung darf in den Bedarfsforderungen für mehr Personal nicht nachgelassen werden. Auch die Personalentwicklung über 2021 hinaus macht Nachhaltigkeit erforderlich. Denn: Nach den Aussetzern bis 2015 hat die Arbeitsverdichtung durch die Einstellungs Offensive nicht nur an der Bundespolizeiakademie zugenommen.

Personeller Aufwuchs und Aufgabenübertragung machen zudem deutlich: Es gibt keinen Spielraum für politische Träume von Aufgaben, für die es keine Zuständigkeiten gibt. Wir müssen an den Folgen und Nebenwirkungen des personellen Aufwuchs weiterarbeiten. Wir sind noch nicht am Ziel!

JAV-WAHLEN AM 15. MAI 2019

Mitreden! Mitbestimmen! GdP wählen!

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ist Deine Stimme in der Bundespolizei. Hier werden die Interessen der Jugend vertreten, geschützt und durchgesetzt. Wahlberechtigt sind alle Azubis sowie jugendliche Tarifbeschäftigte, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Wir als GdP wollen eine starke Vertretung Eurer Interessen in der Bundespolizei. Wir sind für Euch da, damit Arbeitszeit, Urlaub

und Bezahlung stimmen, damit es genügend Ausbildungsplätze gibt, damit die Qualität der Ausbildung stimmt, damit es mit der dauerhaften Übernahme nach der Ausbildung klappt und damit für Entwicklungsperspektiven im Beruf gesorgt wird. Daher am 15. Mai GdP wählen!

GdP-Bezirk Bundespolizei



Plakat: GdP



Aus unter 40.000 werden über 50.000

Im Mai 2008 wurde im Zuge der Neuorganisation der Bundespolizei ein neuer Organisations- und Dienstpostenplan in Kraft gesetzt. Die Einrichtung von Revieren und Inspektionen sowie die Verteilung der Dienstposten auf die einzelnen Dienststellen erfolgte nach einem – unter anderem durch politische Einflussnahme nicht immer ganz nachvollziehbaren – (Determinanten-) System.

Doch statt einem Neustart wurde die in der Altorganisation bestehende

„Schere“ zwischen Organisation und Haushalt schlichtweg in die Neuorganisation übertragen. Wieder waren circa 300 Dienstposten haushalterisch nicht mit (Plan-)Stellen unterlegt. Von der noch viel größeren „Schere“ zum verfügbaren Personal ganz zu schweigen.

Und die Abstände aller Zahlen erhöhten sich im Laufe der Jahre immer mehr! Dies war nicht nur bedingt durch die zusätzliche Einrichtung von Dienstposten für neue Aufgaben, obwohl man dafür weder Planstellen noch Personal hatte, sondern auch durch die durch das Haushaltsgesetz über viele Jahre vorgeschriebene jährliche Einsparung in Höhe von 1,9 Prozent im zivilen Bereich (Verwaltungsbeamten und Tarifbeschäftigte) und 0,4 Prozent der Planstellen für den Polizeivollzugsdienst.

Im Jahr 2011 waren beispielsweise weit über 1.000 der noch unter 40.000 Dienstposten der Bundespolizei unbesetzt, da weder Haushaltsmittel noch Personal zur Verfügung standen.

Erschwerend kam die Tatsache hinzu, dass die zuständigen und verantwortlichen Bundesinnenminister Friedrich, de Maizière und Schäuble den Forderungen der Gewerkschaft der

TATÜ TATA – Ni~~X~~ mehr da!



abiter Brücke vor dem Bundesministerium des Innern machten wir unserem Unmut Luft und wurden dabei von zahlreichen Abgeordneten des Deutschen Bundestages unterstützt.

Trotzdem erdreistete sich der damalige Bundesinnenminister de Maizière Mitte 2015 bei der Führungskräfte-tagung der Bundespolizei im Blumberger Flugzeughangar die Frage nach dem „Schließen der Schere bei der BPOL“ damit zu beantworten, dass dies doch ganz einfach sei: man müsse doch nur den ODP dem zur Verfügung stehenden Personal anpassen. Er jedenfalls würde keine Verstärkung bzw. vermehrte Neueinstellung vorantreiben. Diese Aussage wurde von ihm noch einmal wenige Wochen später im Rahmen eines Gesprächs mit dem Bundespolizei-Hauptpersonalrat bekräftigt. Der seitens der GdP gestellten Forderung auf Unterstützung wollte er mit dem Hinweis auf die mit dem Bundesfinanzminister vereinbarte „Schwarze Null“ nicht ansatzweise nachkommen.

Bemühungen tragen Früchte

Am 4. September 2015 um 10.47 Uhr trafen unsere ständigen Bemühungen dann endlich auf fruchtbaren Boden und politische Taten: Sigmar Gabriel, seinerzeit noch SPD-Bundesvorsitzender, teilte dem GdP-Bezirk Bundespolizei per SMS mit, dass er beim Fraktionsgipfel am darauf folgenden Wochenende 3.000 zusätzliche (Plan-) Stellen und daraus folgend auch Einstellungen für die Bundespolizei fordern würde. Wie wir heute wissen, hatte Gabriels Forderung damals Erfolg.

Die daraus resultierenden Einstellungen zum 1. September 2016 machten die Einrichtung eines neuen Aus- und Fortbildungszentrums nötig. Dieses wurde in Rekordzeit mit Unterstützung der Personalvertretungen in Bamberg errichtet und im September 2016 von Minister de Maizière eingeweiht. Da



Polizei – Bezirk Bundespolizei und so gar des damaligen Bundespolizei-Präsidenten Matthias Seeger nach Neueinstellungen bei der Bundespolizei eine klare Absage erteilten und sich so durch die immer weiter zunehmenden Ruhestände das Personaldefizit ständig erhöhte.

Für die GdP Bundespolizei war nach der erneuten Ablehnung von Einstellungen in den Folgejahren das Maß voll!

Mit dem GdP-Konsolidierungspapier für die Bundespolizei, zahlreichen Mahnwachen, unter anderem vor dem Bundeskanzleramt, und der Demo „Tatü Tata – nix mehr da“ auf der Mo-



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Bezirk Bundespolizei**

Geschäftsstelle:
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-555
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Dr. Hartmut Kühn (V.i.S.d.P.)
Forststraße 3a,
40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-0
Telefax (02 11) 71 04-5 55
Internet: www.gdp-bundespolizei.de
E-Mail: info@gdp-bundespolizei.de
Saskia Galante
Tel.: 0211 7104-514
E-Mail: galante@gdp-bundespolizei.de

Die Redaktion behält sich vor, LeserInnenbriefe gekürzt zu veröffentlichen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Nachdruck und Verwertung, ganz oder teilweise – auch in elektronischen Medien – nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Mailboxes sowie für Vervielfältigungen auf CD-ROM.

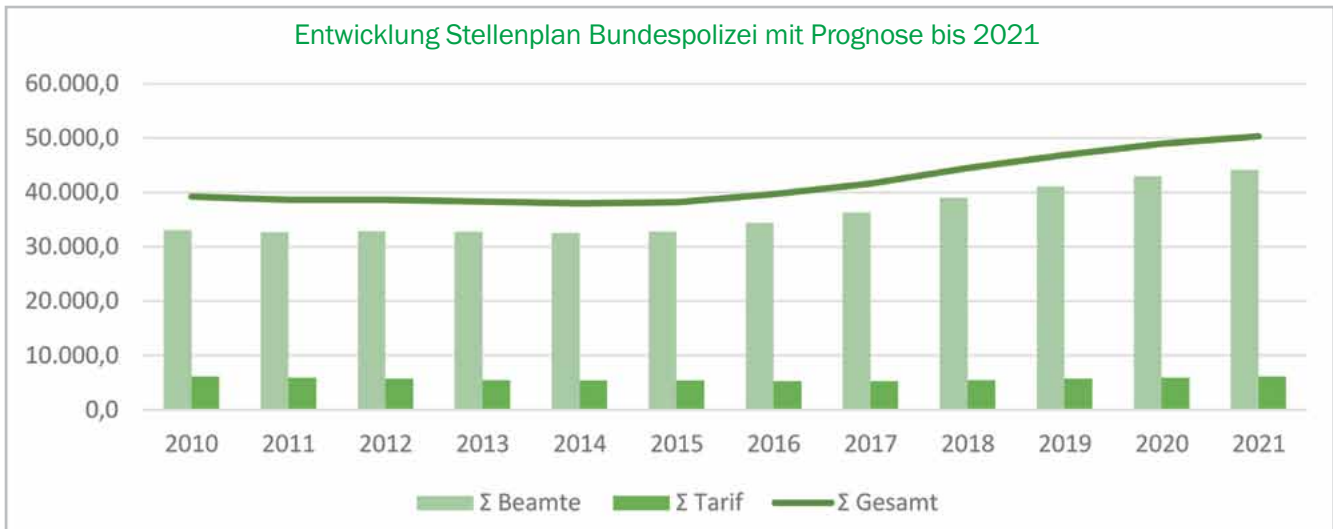
Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-2836



STELLENANPASSUNG 2020 – BUNDESPOLIZEI IM AUFWUCHS



mittlerweile die „Massenmigration“ die Sicherheitskräfte der Bundesrepublik Deutschland vor eine völlig neue Situation stellte und auch die Politik darauf reagieren musste, kündigte de Maizière in seiner Eröffnungsrede an, dass es für die Bundespolizei einen weiteren erheblichen Personalaufwuchs geben werde. So solle ein weiteres Sicherheitspaket für die Jahre 2017 bis 2020 den Fraktionen des Deutschen Bundestages vorgeschlagen werden. Es sehe unter anderem zusätzliche 3.250 Stellen für die Bundespolizei vor. In der Summe mit den sonstigen durch die Haushaltsgesetzgeber anerkannten Bedarfen war zu diesem Zeitpunkt dann ein weiteres Aus- und Fortbildungszentrum in Diez begründet.

Weitere Stellenzuwächse

Bundestagswahl 2017 – auch hier spielte die Innere Sicherheit im Wahlkampf eine nicht unbedeutende Rolle. Im Ergebnis der Sondierungs- und Koalitionsgespräche steht schlussendlich im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien auf Seite 123, dass der Bund für die Sicherheitsbehörden weitere 7.500 Stellen schaffen wird. Neben dem Sicherheitspaket I (3.000 Stellen in drei Raten von 2016 bis 2018) und dem

Sicherheitspaket II (3.250 Stellen in vier Raten von 2017 bis 2020) konnte die Bundespolizei nunmehr mit weiteren circa 5.000 Stellen in vier Raten von 2018 bis 2021 rechnen.

Der erste Zulauf an Laufbahnabsolventinnen und -absolventen aus den insbesondere durch uns realisierten Neueinstellungen begann nun in diesem Frühjahr.

Um die Personalmehrung nach einsatzstrategischen und kriminalgeografischen Grundlagen angemessen zu verteilen und die damit verbundenen Neubau-, Ausbau- und Beschaffungsmaßnahmen einleiten zu können, wurde Anfang 2018 durch das BPOLP ein „Koordinierungsgremium Struktur- anpassungen 2020“ eingesetzt, dem seitens des Bezirkspersonalrates auch unsere GdP-Vertreterin Judith Hausknecht und die GdP-Vertreter Heiko Dammann und Martin Schilff angehören.

Arbeitsauftrag war die Erarbeitung eines Ziel-ODP, welcher alle zu erwartenden Aufwüchse im Personalhaushalt unter Berücksichtigung der stattgefundenen organisatorischen Untersuchungen abbildete. Mitnichten kann dieser jedoch zeitnah vollumfänglich „ans Netz“ gehen, da das Personal aus den Ausbildungen erst in den Folge-

jahren den Dienststellen zufließen wird und der Gesamtprozess zum Aufwuchs der Bundespolizei unter dem Vorbehalt des Bundesinnenministers stand. Es ist daher davon auszugehen, dass die Ergebnisse als Planungsgrundlage für Liegenschafts- und Beschaffungsvorgänge zu bewerten sind, welche sukzessive in Abhängigkeit von Haushalt, tatsächlichem Personalzuwachs und fortzuschreibender einsatztaktischer Bewertung im ODP eingepflegt werden.

Gesellschaftliche und politische Anerkennung

Die Bundespolizei erlebte seit Neuorganisation nicht nur immensen Arbeitsaufwand, erhebliche Überstunden und herausfordernde Einsatzlagen, sondern erfuhr auch gesellschaftliche und politische Anerkennung, sodass sie im Jahr 2021 ungefähr um ein Viertel im Vergleich zu 2015 aufgewachsen sein wird – leider zuerst nur im Haushalt und nach erfolgreicher Laufbahnausbildung oder Einstellung (ziviler Bereich) in den Folgejahren auch tatsächlich personell.

Judith Hausknecht und Martin Schilff, Vorstandsmitglied GdP-Bezirk Bundespolizei

Datengrundlage

	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	Prognose 2020	Prognose 2021
Planstellen	33.049,0	32.656,0	32.878,0	32.787,0	32.550,0	32.814,0	34.381,0	36.293,0	39.037,0	41.091,0	42.991,0	44.116,0
Stellen	6.154,0	5.939,5	5.762,5	5.509,5	5.445,0	5.390,5	5.303,0	5.314,5	5.447,5	5.756,5	5.956,5	6.156,5
Gesamt	39.203,0	38.595,5	38.640,5	38.296,5	37.995,0	38.204,5	39.684,0	41.607,5	44.484,5	46.847,5	48.947,5	50.272,5

Alle Fotos und Grafiken: GdP



Rechts- und Handlungssicherheit für alle Beschäftigten

Das digitale Funkzubehör Si 500, vereinfacht auch Bodycam genannt, kann nun bundesweit eingeführt werden. Denn: Die Regelungen zum Schutz der Beschäftigten bezüglich der Wahrung ihrer Rechte hinsichtlich der Datenauswertung und einer möglichen Leistungskontrolle wurden in einer Dienstvereinbarung festgelegt. Dafür hat die GdP sich von Anfang an stark gemacht.

Es war ein langer Weg zu dieser Dienstvereinbarung, da einige Akteure nicht von der Notwendigkeit des Mitarbeiterdatenschutzes überzeugt und zunächst dafür sensibilisiert werden mussten.

Bereits Ende 2017 hat die GdP gefordert, vor der Einführung der Bodycam Schutzrechte für die Beschäftigten festzuschreiben. Da dies nicht erfolgte, konnte der GdP-geführte Bundespolizeihauptpersonalrat (BHPR) der Einführung des jetzigen Grundmodells nicht zustimmen.

Die dienstliche Reaktion folgte sogleich, denn „grundsätzlich brauchen die Anwender von Bodycams gar keinen detailliert ausformulierten Mitarbeiterdatenschutz“.

Doch die GdP ließ nicht locker. Kollegen der GdP-Fraktion des BHPR besuchten die BEST Saarland (siehe Kasten). Gemeinsam wurden die Grundpfeiler für die Dienstvereinbarung unter Beachtung der DSGVO mit den entsprechenden EU-Vorschriften „gerammt“.

Der BHPR stimmte zwischenzeitlich einem Probelauf mit dem Gerät für bestimmte Dienststellen zu und begleitete diesen: Dazu informierten sich Vertreter des BHPR vor Ort in den Dienststellen bei den Kolleginnen und Kollegen über deren Erfahrungen und Probleme mit dem Gerät in der Praxis. Darüber hinaus wurde in Arbeitsgruppensitzungen mit dem BMI und dem BPolP ein gemeinsames Vorgehen mit dem Ziel des Abschlusses einer Dienstvereinbarung festgelegt.

Ziel klar formuliert

Das Ziel für den Abschluss einer Dienstvereinbarung wurde folgendermaßen formuliert: Schutz der Kolleginnen und Kollegen durch Rechtssicherheit und klarstellende Hinweise zur Nutzung der Bodycams.

Bereits im Mai 2018 gab es einen ersten Entwurf zu einer entsprechen-

den Dienstvereinbarung seitens des BHPRS.

Im September des gleichen Jahres beschloss der BHPR einen Initiativantrag entsprechend des BPersVG, um zum Abschluss einer Dienstvereinbarung zu kommen und im November wurde das BMI noch einmal daran erinnert. Im gleichen Zeitraum sollte aber der Probelauf auf andere Dienststellen ohne Beteiligung der Personalräte erweitert werden. Hier legte der BHPR wieder den Finger in die Wunde und zeigte auf, dass dieses Vorgehen nicht zulässig war.

Um es beim Namen zu nennen: Ein großes Hemmnis beim Abschluss dieser Dienstvereinbarung war beim BPolP zu sehen. Hier wurde und wird teilweise weiterhin von einigen Akteuren die Position vertreten, dass eine Personalvertretungsrechtliche Beteiligungserfordernis für die Einführung eines polizeilichen Führungsmittels nicht besteht. Fakt ist jedoch: Es besteht eine personalvertretungsrechtliche Beteiligungserfordernis, da unter anderem auch der Datenschutz gewährleistet sein muss.

„Quarantäne-Regelung“ aufgegriffen

Nach weiteren gemeinsamen Sitzungen und Beratungen haben sich der BHPR und das BMI aber schließlich auf eine einheitliche Dienstvereinbarung geeinigt. Diese stellt in wesentlichen Bereichen Rechts- und Verhaltenssicherheit her. Es wurde klargestellt, dass eine Nutzung der Daten ausschließlich zur Umsetzung von § 27 a BPolG genutzt wird und damit weitestgehend der Nutzung zu personellen Maßnahmen entzogen ist.

Auch die vom BHPR geforderte „Quarantäne-Regelung“ wurde als „Verborgener Ordner“ aufgegriffen und lässt den Beschäftigten eine Steuerung der Datennutzung zu. Weiterhin wurde durch klarstellende Hinweise unter anderem Folgendes festgelegt:



Am 15. Februar 2019 unterzeichneten Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei sowie Vorsitzender des Hauptpersonalrats im BMI, und Dagmar Busch, Abteilungsleiterin B im BMI, die Dienstvereinbarung zum Einsatz von Bodycams.
Foto: GdP



RICHTUNGSWEISENDE DIENSTVEREINBARUNG ZUM THEMA BODYCAM



[1]



[2]



[3]

[1] Der Bodycam-Satz bestehend aus Funkgerät, Display und Kamera (im Vordergrund), SINA-Workstation und DVD-Brenner (im Hintergrund). [2] Ladestation des Funkgerätes und des Bedienteils mit Kamera. [3] Kennzeichnung der Videoaufzeichnung, in diesem Fall auf dem Rücken (anstelle von „Polizei“).
Fotos: GdP

- Verfahren zur Nutzung des PreRecording,
- Aufzeichnung in der Dienststelle/ bei Auslandseinsätzen und
- Datenauskunft des betroffenen Beschäftigten.

Somit konnte erreicht werden, dass die vorliegende Dienstvereinbarung den Schutz der Beschäftigten ausreichend konkret umsetzt.

Es ist der maßgebliche Erfolg der GdP und des GdP-geführten BHPR,

dass es entgegen der Auffassung des BPOLP zum Abschluss dieser Dienstvereinbarung, die die Rechts- und Handlungssicherheit der Beschäftigten herstellt, mit dem BMI gekommen ist.

Grundlage für weitere Verhandlungen

In einem weiteren Verfahren soll eine Rahmendienstvereinbarung über den Mitarbeiterdatenschutz für

weitere Bereiche erarbeitet werden. Die jetzigen Regelungen für die Bodycam können dabei als Grundlage für weitergehende Verhandlungen herangezogen werden. Diese fast zweijährige Arbeit für den Abschluss dieser Dienstvereinbarung zeigt auf, wie wichtig die Personalratsarbeit auf allen Ebenen durch unsere Sach- und Fachkompetenz ist.

Erika Krause-Schöne, stellvertretende Vorsitzende GdP-Bezirk Bundespolizei

BEST: Notwendige fachliche Unterstützung und Beratung

Ohne fachkundige Unterstützung und Beratung wäre es der GdP nicht möglich gewesen, eine starke Position für eine Dienstvereinbarung zum Mitarbeiterdatenschutz bei der Einführung der Bodycam und der Zubehörteile zu erarbeiten.

Diese Fachlichkeit bei integrierten Systemen, Datenschutz in Arbeitsverhältnissen, Aufzeichnungs- und Überwachungssystemen und in der Erarbeitung von Positionen zu Dienstvereinbarungen stellte die BEST Saarland sowohl für die GdP, aber auch für den Bundespolizeihauptpersonalrat (BHPR) sicher. BEST heißt: Beratungsstelle für Betriebs-, Personalräte und Mitarbeitervertretungen und ist eine Tochter der Arbeitskammer des Saarlandes und des DGB.

Sie bietet hochqualifizierte fachliche Unterstützung bei der betrieblichen Gestaltung von Arbeit und Technik. Die Tätigkeit von BEST richtet sich daher in erster Linie an Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen, wobei die Beratung individuell an den

Herausforderungen orientiert und je nach Anforderung bezogen auf Einzelaspekte oder im Rahmen eines umfassenden Gestaltungsprozesses vorgenommen wird.

Die GdP möchte es daher nicht versäumen, dem Geschäftsführer Jürgen Meyer und dem Informationswissenschaftler Thomas Hau, der uns als Be-

rater für Datenschutz und Mitbestimmung bei diesem Projekt begleitet hat, für die umfangreiche Unterstützung und Zusammenarbeit in diesem hochkomplexen Arbeitsgebiet zu danken.

Roland Voss, Mitglied des Vorstands GdP-Bezirk Bundespolizei



V. l.: Roland Voss, Thomas Hau und Jürgen Meyer

Foto: GdP/Roland Voss



ERÖFFNUNG DES DGB RECHTSSCHUTZBÜROS AM FLUGHAFEN MÜNCHEN**Großer Service-Gewinn für GdP-Mitglieder**

Zur Eröffnung des DGB Rechtsschutzbüros am Flughafen in München trafen sich **Andreas Roßkopf**, Vorstandsmitglied des GdP-Bezirks Bundespolizei, und **Sven Armbruster**, Vorsitzender der Kreisgruppe München, mit dem Rechtsschutzsekretär **Davide Barone** sowie der Koordinatorin des DGB Rechtsschutzes, **Cornelia van Buren**.



V. l.: Sven Armbruster, Cornelia van Buren, Davide Barone und Andreas Roßkopf Foto: GdP

Für die Dienststelle am Münchner Flughafen, die die größte der Bundespolizei in Bayern im Bereich der GdP-Rechtsschutzbetreuung ist, handelt es sich um einen großen Service-Gewinn. Dank der direkten Anbindung vereinfachen sich Absprachen, Beratungen und auch die Rechtsvertretung für unsere GdP-Kolleginnen und -Kollegen erheblich. Bereits bei den ersten Gesprächen im Rahmen der Eröffnung zeigte sich die hohe Fach-

kompetenz, die nun mit Davide Barone vor Ort ist.

„Wir freuen uns sehr, unseren Kolleginnen und Kollegen am Flughafen in München diesen wichtigen Service direkt vor Ort anbieten zu können“, sagt Andreas Roßkopf.

Das Rechtsschutzbüro ist ein Pilotprojekt des DGB. Mittelfristig könnten weitere Büros dieser Art auch an anderen deutschen Großflughäfen eingerichtet werden.

Andreas Roßkopf, Mitglied des Vorstands GdP-Bezirk Bundespolizei

KG ESCHWEGE BEIM NEUJAHRSEMPFANG**Austausch mit den „Big Three“**

V. l.: **Martin Schilff** (Vorsitzender Bezirkspersonalrat), **Jan Rauschenberg**, **Sven Hüber** (Vorsitzender Hauptpersonalrat) und **Jörg Radek** (stellv. Bundesvorsitzender der GdP) Foto: GdP / Martin Schilff

Am 7. Februar 2019 durfte Jan Rauschenberg, GdP- und Personalratsvize aus Eschwege, dem alljährlichen Empfang von fünf norddeutschen Bundespolizeibehörden bzw. -dienststellen beiwohnen. Der Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Daniel Günther, ging in einer sehr polizeifreundlichen Rede auf die gute

Vernetzung der Sicherheitsbehörden im Norden der Republik ein. Nebenbei konnte das ein oder andere Eschweger Anliegen direkt an die „Big Three“ der GdP-Bundespolizei herangetragen werden.

Jan Rauschenberg für die GdP-Kreisgruppe Eschwege

DG KÜSTE**Politiker-Gespräch**

Vor einigen Wochen hatte sich die DG Küste mit den Kreisgruppen an viele MdB mit der Bitte um Unterstützung gewandt und die Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gefordert. MdB Eckardt Rehberg (CDU) lud daraufhin, auch im Auftrag von Frau Merkel, den Vorsitzenden der Kreisgruppe MV, Stephan Lange, sowie seinen Stellvertreter Daniel Emde zu einem Treffen nach Rostock ein.

In dem Gespräch wurden auch viele weitere Themen erörtert. Insbesondere die möglichen personellen Auswirkung des ODP 2020 sowie die bereits seit 2008 laufenden Personalreduzierungen in den Dienststellen in Mecklenburg-Vorpommern interessierten Herrn Rehberg sehr.

Dirk Stooß, Vorsitzender GdP-Direktionsgruppe Küste



Foto: GdP-Kreisgruppe MV



KG FRANKFURT (ODER)

KG Waidhaus

Neuer Vorstand gewählt

Bereits am 22. November 2018 wurde im Rahmen der Mitgliederversammlung der Vorstand der Kreisgruppe Frankfurt (Oder) neu gewählt.

Vor der Neuwahl legte Dietmar Mußmann, der bisherige Vorsitzende der Kreisgruppe, Rechenschaft über die vergangenen vier Jahre ab. Er verwies auf so erfolgreiche Veranstaltungen wie den GdP-Talk mit der Kernbotschaft „Deine Planstelle – Dein Dienstort“, die Informationsreihe „Treff in FF“, die jährlichen von der KG unterstützten deutsch-polnischen Volleyballturniere, die Schultütenaktion und das Begrüßungsgrillen für die Aufsteiger in der FBS Frankfurt (Oder). Diese Aktionen waren nur möglich, weil der Vorstand und auch einzelne Mitglieder als Team gewirkt haben.

Zum neuen Vorsitzenden der KG Frankfurt (Oder) wurde Jan-Peter Franck gewählt. Damit wird sich die GdP auch in Frankfurt (Oder)



Foto: Dietmar Mußmann

weiter sehr aktiv für die Interessen der Kollegen einsetzen. Dafür viel Kraft, ohne dass der Spaß dabei zu kurz kommt.

Dietmar Mußmann für den Vorstand der GdP-Kreisgruppe Frankfurt (Oder)

Verabschiedung

Siegfried Walczok, unser ehemaliger Kreisgruppen-, Personalrats- und Direktionsgruppenvorsitzender sowie Mitglied aller Stufenvertretungen, wurde am 13. Dezember 2018 in seinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Seine neuen Aufgabenfelder werden jetzt im Reisen liegen. Den aktuell besuchten Portugiesisch-Sprachkurs wird er hierfür gut gebrauchen können. Die Kreisgruppe Waidhaus möchte sich bei ihm recht herzlich für seinen Einsatz nicht nur vor Ort, sondern überall und allezeit bedanken.

Sandro Schäffler, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Waidhaus



V. l.: Vorsitzender Sandro Schäffler und Siegfried Walczok Foto: Sandro Schäffler

FREISPRECHUNG BEI DEN TARIFBESCHÄFTIGTEN

Gratulation! Ihr habt's geschafft!



Foto: Monika Gnittke

Im Januar dieses Jahres wurden die Auszubildenden der Berufsrichtungen „Elektroniker für Geräte und Systeme“ und Industrieelektriker im Kasino der Bundespolizeiakademie während einer Feierstunde freigesprochen.

Der Ständige Vertreter des Präsidenten der Bundespolizeiakademie, Herr Leitender Polizeidirektor Andreas Poddig, begrüßte die Anwesenden und gratulierte den neuen Fach-

arbeiterInnen zu Ihren Abschlüssen.

Unter großem Applaus der Angehörigen der Auszubildenden, der Ausbilder, der Mitglieder des örtlichen Personalrats und der Vertreter der Bundespolizeiakademie händigte der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, Herr Gadermann, den frischgebackenen Fachkräften ihre Facharbeiterbriefe aus. Die Vertreterin der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck,

Frau Maren Conrad, beglückwünschte die Nachwuchskräfte ebenfalls und erläuterte den Feiernden detailliert die 3½-jährige Ausbildung, die im dualen System absolviert wird.

Wir freuen uns sehr, dass die Akademieleitung diesen würdigen Rahmen für diese Veranstaltung bereitgestellt hat. Die Gewerkschaft der Polizei hat wiederholt eingefordert, dass die Leistung der freigesprochenen Kolleginnen und Kollegen auch einen wertschätzenden Rahmen in Analogie der Ernennungsfeiern der Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten bekommt. „Weiter so – diese gute Veranstaltung geht in die richtige Richtung und ist beispielhaft für unsere Forderung nach wertschätzender Anerkennung der Tarifbeschäftigten“, freut sich der Vorsitzende der Direktionsgruppe Bundespolizeiakademie, Rüdiger Maas.

Wir sagen herzlichen Glückwunsch, viel Erfolg und alles Gute für Eure Zukunft.

Rüdiger Maas, Vorsitzender der GdP-Direktionsgruppe BPOLAK



Update: Kampagne zum Kaufkraftausgleich

Mit der Petition zur Einführung eines Kaufkraftausgleiches flankiert von der gewerkschaftlichen Kampagne „Ihr braucht uns? Dann tut was! Her mit dem Ausgleich!“ haben wir als Junge Gruppe der GdP deutlich gemacht, wie sehr der Schuh drückt.

Unsere Forderungen blieben nicht unbeantwortet und die Bundesregierung hat „die Intensivierung der Wohnraumfürsorge, insbesondere für die Bundespolizei“ im Koalitionsvertrag niedergeschrieben. Nun galt es zur Hälfte der Legislaturperiode einen Sachstand herzustellen. In einem Gespräch mit dem Staatsinnensekretär Gunter Adler räumte dieser ein, dass 10.000 Wohneinheiten in Hochpreisregionen ein realistisches Ziel sind. Jedoch ist ein genauer Termin zur Realisierung noch nicht absehbar. Junge Gruppe-Vorsitzender Martin Meisen merkte an: „Die jungen Kolleginnen und Kollegen können nicht warten, bis der Maurer endlich die Kelle in die Hand nimmt“. Wenn die Bundesregierung keine adäquate Fürsorge in Form von Bundesbedienstetenwohnungen gewährleisten kann, muss im Rahmen des Besoldungsstrukturmodernisierungsgesetzes (BesStMG) noch intensiver über monetäre Fürs-



Im Februar trafen sich Martin Meisen, Vorsitzender der Jungen Gruppe des GdP-Bezirks Bundespolizei (links), und Sven Hüber, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei – Bezirk Bundespolizei sowie Vorsitzender des Hauptpersonalrats im BMI (rechts), mit Staatssekretär Gunther Adler in Berlin.
Foto: GdP

orgeleistungen nachgedacht werden.

Hier noch einmal unsere drei zentralen Forderungen:

- Eine Zulage für Hochpreisregionen mit gesetzlicher Verankerung im Bundesbesoldungsgesetz
- Dynamisiert angelehnt an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten
- Revitalisierung der Wohnungsfürsorge für Bundesbeamte

Wie geht's weiter?

Die Probleme sind adressiert und mit dem Koalitionsvertrag ist eine Tür aufgestoßen worden. Jetzt heißt es am Ball zu bleiben und den Druck hochzuhalten. Es ist ein weiterer Termin mit Staatssekretär Adler angedacht, um in Sachen Wohnraumfürsorge im Bilde zu sein. Im Rahmen der zentralen Arbeitstagung der Jungen Gruppe, Bezirk Bundespolizei, am 7. und 8. Mai 2019 werden wir ebenso mit Vertretern der Politik sprechen.

JUNGE GRUPPE

Anzeige

Wir nehmen Sie und Ihre Symptome ernst

Stoppen Sie Ihr Leid:

- Ängste, die Ihr Leben einschränken und sich in vielen Situationen aufdrängen
- Energieverlust und Antriebsstörungen als Burnout oder als Depression
- Zwänge und suchtartige Entgleisungen bei Alltagsdrogen oder im Verhalten
- Psychische Belastung im Zusammenhang mit körperlichen Krankheiten

In der Privatklinik Nikolassee erhalten Sie kompetente, rasche und umfassende Hilfe. Ein Team von Internisten und Allgemeinärzten kümmert sich intensiv um die körperliche Seite Ihrer Probleme, während psychiatrisch-psychotherapeutische Fachärzte für die Einzeltherapie und Krisenbewältigung jederzeit mit persönlichem Einsatz für Sie da sind. Physiotherapie, Kunst, Entspannung, Seelsorge und Skilltrainings kommen zielgerichtet hinzu. Gerade durch die Übersichtlichkeit der Privatklinik entsteht eine vertraute Atmosphäre mit Respekt Ihres Privattraums aber auch eine sehr persönliche Betreuung und Begleitung. Das attraktive Erholungsgebiet der Umgebung und die Essenzubereitung vor Ort tragen zum Wohlfühlen bei. Es entstehen Ihnen keine zusätzlichen Kosten.

Privatklinik Nikolassee, Von-Luck-Str. 3, 14129 Berlin
Tel: 030. 80 30 910, www.klinik-nikolassee.de

**PRIVATKLINIK
NIKOLASSE**



Chefarzt
Dr. med. Herald Hopf

Facharzt für Psychiatrie
und Psychotherapie,
Vorsitzender DATPPP



Leitung Innere Medizin
Dr. med. Susanne Zieffle

Fachärztin für
Innere Medizin

